

**Spurlos verschwunden**  
 Hautunreinigkeiten und  
 Ausschläge, wie Bläschen,  
 usw. durch tägliche Ge-  
 brauch der edlen  
**Reckenpferd-**  
**schwefel-Seife**  
 G. Th. Schmid 1339  
 n-Droz. Gebr. Benz  
 Böckle, Friseur.

**ing.**  
 Teilnahme wähl-  
 beim Hinscheiden  
 ster, Schwägerin,  
**er geb. Lehre**  
 Stadtpfarrer,  
 sangesvereins und  
 und auswärts zu  
 Dank  
 mit Kindern.

**Marke IB**  
 wird jetzt wieder in  
 allerbest. Friedens-  
 unversichert zu haben.  
**Wangen i. A.**

**eine.**  
**r. Kienle.**

**Die Bücher**  
 u. zu beziehen durch  
**Kaiser Buchhandlung**  
 Nagold.  
 (preis unerschütterlich.)  
 us, Handbuch, 4  
 s No. 2 (F-R) 540.—  
 , Der Blatter  
 eutlich 3.50  
 Freie geistige  
 arbeit 72.—  
 her, Deutsche  
 3.50  
 sky, Die  
 aierziehung 12.—  
 er, Sicht Erbsch  
 abbs I. meine  
 balente in Dorf  
 labt 15.—  
 Anleitung zum  
 bebau sowie zur  
 utung eines  
 artens 36.—  
 on, Ein Kri-  
 Robinson 40.—  
 Job. Brahms,  
 Abbildungen 13.—  
 Job. Beuol u.  
 ng der Frau,  
 ach I. Männer,  
 en u. Mütter 32.—  
 , Der Einste-  
 n Falkenhof,  
 ung 15.—  
 Das lustige  
 buch, heitere  
 und Vortrag-  
 Bd. 4 32.—  
 on, Walter Ro-  
 u. Hugo Preuß.  
 atsmänner des  
 Deutschland 15.—  
 Deimatbuch  
 herausg. vom  
 l. Heimatschut  
 rti. u. Gohens, 30.—  
 betisgem. Besel-  
 chti. Kaiser-  
 rti. 2. württ.  
 D im Weltkrieg  
 8 60.—

erscheint an jedem Werk-  
 tag, Beilagennehmern  
 sämtliche Postanstalten  
 und Postboten entgegen.  
 Bezugspreis: in  
 Nagold, durch d. Agenten,  
 durch d. Post einjähr. Post-  
 gebühren monatl. 4.20.—  
 Einzelnummer 70 J.  
 Anzeigen-Gebühr für die  
 einpaltige Zeile aus ge-  
 wöhnlicher Schrift ober  
 deren Raum bei einmaliger  
 Einrückung 4.2.—,  
 bei mehrmaliger Abtatt  
 nach Tarif. Bei gerichtl.  
 Beitreibung u. Konstrafen  
 in der Abtatt dinställig

# Der Gefellschaffter

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**

**Nagolder Tagblatt**  
 Begründet 1826.  
 Schriftleitung, Druck und Verlag von W. W. Jäger (Herr Jäger) Nagold.  
 Fernsprecher Nr. 29.

Bezeichnete Zeitung im  
 Oberamtsbezirk. — An-  
 zeigen sind daher von  
 diesem Gefell.  
 Die viel, Beiträge mehr  
 auch, Gewähr übernommen.  
 Da nach ihrer Gewähr keine  
 übernommen, daß Beiträge  
 oder Verfassern in bestimmten  
 Aufgaben oder an den ge-  
 wöhnlichen Stelle erscheinen.  
 Zu bitten von höherer Ge-  
 walt besteht kein Anspruch auf  
 Befreiung der Zeitung oder auf  
 Rückzahlung d. Bezugspreises.  
 Telegramm-Adresse:  
 Gefellschaffter Nagold.  
 Postfachkonto:  
 Stuttgart 5113.

Nr. 159

Dienstag den 11. Juli 1922

96. Jahrgang

## Reich und Gemeinde

In naher Zeit wird der Reichstag bei Aenderung des sogenannten Landessteuergesetzes vor die Entscheidung gestellt sein, ob die Gemeinden fürderhin als Anhängsel des Reichs größtenteils aus dessen Tasche leben sollen, oder ob ihnen wieder erlaubt wird, ihre selbständigen Aufgaben nach selbständigem Ermessen, also auch mit selbständigen Mitteln zu erfüllen.

Mit schnellem Griff hat das Reich die wichtigsten Steuerquellen an sich gezogen, aus welchen vordem Bundesstaaten und Gemeinden Nahrung schöpften. Auf längere Dauer würde aber den Gemeinden die Abschmäderung ihrer natürlichen Einnahme nicht erträglich sein; schon erheben sich Beschwerden um Belagerung. Nicht wegen der Sparlosigkeit und Einschränkung, die jetzt von jedermann und so auch von jedem Gemeinwesen gefordert wird. Die Gemeindeverwaltungen arbeiten vielmehr kostspieliger als früher, weil sie unter der Unsicherheit stehen, in welcher Höhe und wann sie Geldmittel vom Reich zu erwarten haben. Ihr Begehren geht nicht nur auf schleunigste Erhöhung des festen Anteils der Gemeinden an den großen Reichsteuern — Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer —; das Mittel, welches einzig und endlich nützlich kann, ist die Befreiung oder Abschwächung des in seiner Einseitigkeit unglücklichen Wertsystems und die Wiedergabe der Freiheit, zu den Reichsteuern, vor allem zur Einkommensteuer, die eigene Steuerhoheit in den der mittelbaren Staatsverwaltung begrifflich gezogenen Grenzen zurückzuführen.

Die Entwicklung der deutschen Gemeinden bewegt sich heute auf abschüssiger Bahn. Als in den Anfängen der Lebensmittelswirtschaft während des Kriegs die Gemeinden sich stark genug für diese Bürde zu wagen, entbede das Reich, daß sie eigentlich berufen seien, der staatlichen Gemeinschaft alle derartigen Aufgaben abzunehmen. Die Zeit nach der Revolution hat hierin eine Steigerung gebracht. Heute tritt kaum eine wirtschaftliche oder soziale Neuschöpfung ins Leben, in welcher nicht die Gemeinde als meist belasteter Schlussstein eingefügt wäre. Unter der Fülle der Geschäfte, die so den Gemeinden täglich zwangswise zu wachsen, geht diesen der Trieb verloren, aus sich selbst heraus schaffend zu walten.

Und während sie so unter den sich vermehrenden Ansprüchen der Gesamtheit leiden, wird ihnen der beste Teil der Mittel, mit denen sie ihre Ausgaben bestreiten, lahmgelegt und eingeengt. Die Gemeindeverwaltungen stehen unter dem Druck, daß die Reichsfinanzverwaltung gegen jede Steuer Einspruch erheben kann, die das Steuerertrömmen des Reichs zu schädigen geeignet ist. Auf dem Gebiet der Realsteuern erheben die Gemeinden besorgte Vorbeugung ihre Stimme, daß das Reich sich von der Grund- und Gebäudesteuer und der Gewerbesteuer als dem eigentlichen Feld der Gemeinde unter allen Umständen fernhalte. Bei der wichtigsten von allen aber, der Einkommensteuer, bringt der Fortfall des beweglichen Zuschlagsrechts eine Starrheit in das ganze Gemeindefinanzwesen, welche die dem örtlichen Bedürfnis sich anpassende Entschleunigung, also die Selbstverwaltung nahezu unmöglich macht.

Für das Reich ist die Lage keineswegs erfreulicher. Ihm liegt die ganze Wichtigkeit der Einkommensteuereinzugsung ob, aber den Ertrag muß es zum weitaus größten Teil an die Länder und Gemeinden abführen und aus dem Rest noch die Veranlagungs- und Hebungskosten bestreiten. Ruht es den Gemeinden eine neue Tätigkeit zu, so entsteht immer von neuem und mit jedesmal wechselndem Ausgang der Streit um die Höhe der Reichszuschüsse. Fast bei jedem Reichsteuergesetz wirft sich, wenn man über die Schwierigkeit hinweg zu sein glaubt, zu guter Letzt die lästige, aber unausbleibliche Frage in den Weg, was davon für die Gemeinden abfallen soll. Wenn die Gemeinden am Reichswagen mitgeschleppt werden, so ist das auch für dessen Bewegung durchaus nicht förderlich.

Staat und Gemeinden müssen sich ergänzen und sich ausheilen. Für äuserste Not steht die Gemeinde in Reserve des Staats. Mehrfach in der deutschen Geschichte ist sie eingesprungen, wenn der größere Verband verlagte. Während in der Revolution das staatliche Gefüge mit einem Ruck zerbrach, kamen die Gemeindeverwaltungen als nunmehrige Hauptträger des Restes von öffentlicher Ordnung fast unversehrt in ihrer bisherigen Verfassung durch den Sturm hindurch. Der Kredit der Gemeinde soll den des Reichs stützen. Ein Neben- und ineinanderwirken vermag beiden die Kraft; die mechanische Vertoppelung des Arbeitens und der finanziellen Leistungsfähigkeit ist Unheil für beide.

Es scheint, als ob die Beratungen über das Landessteuer-

gesetz eine Wendung zum Besseren bringen können. Schon ist der Gedanke ausgetaucht, den Gemeinden kleine Zuschläge zur Einkommensteuer wieder freizugeben. Wenn daneben der feste Anteil von Ländern und Gemeinden an der Einkommen- und namentlich auch an der Umsatzsteuer erhöht wird, werden die Gemeinden fürs erste freier atmen. Je mehr sie es können, um so mehr wird die Verantwortung der Reichsfinanzverwaltung für die jetzige bedrohliche Entwicklung gemindert sein.

## Reichsland Oberschlesien?

Aus Oberschlesien erhalten wir folgende Zuschrift:  
 Die Reichsregierung hat den Abstimmungstag für die oberschlesische Autonomie (politische Selbständigkeit) auf den 3. Sept. angelegt. Eine demeritenswerte Erklärung gab vor einiger Zeit der Führer der Kath. Volkspartei, Reichstagsabg. Harrer Hliska, ab. Nach seiner Ansicht bedeutet die Autonomie Oberschlesiens keine Trennung vom Deutschen Reich und keine Zerstückelung der wirtschaftlichen Lebens, sondern Verhütung des „Fatalismus“ (worunter er ein unfreundliches Verhalten zu den Polen zu verstehen scheint), Freiheit und Selbständigkeit der Kirche und der christlichen Schule, Freiheit im Gebrauch der Muttersprache, möglichen Einfluß auf die Besetzung der wichtigen Beamtenstellen, und schließlich wirksame Berücksichtigung der oberschlesischen Deutschen in Polnisch-Oberschlesien. Dabei ist aber zu beachten, daß Hliska nebenher wiederholt den Vorschlag gemacht hat, Oberschlesien nicht zu einem autonomen Gebiet, sondern zu einer Art Reichsland zu machen, womit er den Demokraten und Sozialisten entgegenkommen will.

Käme aber Oberschlesien unmittelbar unter die Reichsverwaltung, so müßte es seinen Beamtenkörper ganz neu einstellen. Es müßte ein Parlament bekommen. Es müßte sich ein selbständiges Ministerium zulegen. Die Ämter müßten möglichst mit einheimischen Anwärtern besetzt werden. Dem grauenhaft verarmten Oberschlesien sind entgegen 7 große Städte, 1 Millen Einwohner, 36 v. H. der Steinkohlen, 67 v. H. der Nachschwerkerte, alle Blei- und Eisenerzgruben. Womit soll ein Oberschlesien, dem die größere Hälfte seiner früheren Einnahmequellen fehlt, die Kosten eines eigenen staatlichen Daseins bestreiten? Nicht die Provinz, sondern der Gesamtstaat Preußen trug bisher wesentlich die Verwaltungskosten und Beamtengehälter. Im Staat Oberschlesien muß dieser es selbst tun. Und ein Staat braucht außerordentlich viel mehr Beamte als eine Provinz. Der Staatspräsident braucht Wohnung, Gehalt und Repräsentationsgelder, die ins Jahrtausende einer Provinzialpräsidentenstelle gehen. Und dann kommen ein Duzend Minister mit sehr hohen Gehältern und Repräsentationsgeldern. Und da die Minister bei der sicher sehr lebhaften Politik des Staats Oberschlesien oft wechseln werden, wobei die Abgehenden Pension erhalten müssen, so wäre das Staatspreisen sehr teuer. Denken wir an Universtität und Technische Hochschule, eigenes Landtagsgebäude, eigene Landesmilch, eventuelle eigene kirchliche Verwaltungsstellen, so kommt dem ruhig erwägenden Oberschlesier zum Bewußtsein, daß der Staat Oberschlesien — mit der Neugründung Danzig wäre das gar nicht zu vergleichen — ein allzu kostspieliger Spaß für ihn wird, zumal er von der Kriegsschuldensverpflichtung durchaus nicht frei wird.

## Wardgerüchte als Börsenmanöver

Seit die bürgerlichen Blätter in Berlin durch den willkürlich vom Jaun gedruckten Streik der Buchdruckergehilfen lahmgelegt sind, schwärmen in der Reichshauptstadt die tollsten Gerüchte herum. Bald heißt es, Scheidemann sei ermordet worden, bald ist Reichspräsident Ebert, der sich ganz munter in Freudenstadt befindet, einem Anschlag zum Opfer gefallen, selbstverständlich hat auch schon der Reichskanzler gerüchtwiese daran glauben müssen und außer ihm noch viele andere, jeden Tag mindestens einer, kurz, Berlin ist nach den Gerüchten die reine Wardstadt geworden. Die Reichsregierung hat schon einmal kurz auf die Täppigkeit der tollsten Erfindungen hingewiesen, das hat aber nicht viel geholfen, denn — das ist der springende Punkt — es handelt sich hier nicht um schlechte Witze oder um die Ausgeburt erdichteter Phantasien oder unverbesserlicher Lastermäuler, wie sie in einer so erregten Zeit vielleicht erklärlich wären, sondern um wohlberechnete Absicht, die um so gefährlicher ist, als Berlin, wie gesagt seit mehr als einer Woche fast ohne Presse ist und dem Schwindelmanöver nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten werden. Nachgerade ist es auch dem Ausland zu hurt geworden; man sieht dort besser noch als bei uns die Zusammenhänge: den deutschen Wortwert möglichst tief herabzudrücken, wodurch dem Reich die größten Schwierigkeiten nach außen erwachsen und im Innern durch die Lenerung und ihre Folgen Gefahren heraufbeschworen werden. So schreibt der „Sozialdemokrat“ in Kopenhagen, indem er das Treiben an der dortigen Börse und die geringe Ausnahme der Berliner Wardgerüchte daseibst festnagelt: „Alles deutet darauf hin, daß hier ein örtliches Wardmanöver stattgefunden hat, das den Umfah von Millionen und aber Millionen verur-

achte und Riesenerlöste und Riesengewinne hervorgebracht hat. Wir können nur unseren tiefsten Abscheu ausdrücken vor der Vornahme solcher Manöver und solcher Schamlosigkeit. Man stelle sich vor, daß gestern abend Börsenspekulanten saßen und ihre Gewinne aufzählten, die durch die fabrizierten Wardgerüchte erzielt waren.“

## Aus dem Reich

**Rückkehr des Garantieauschusses**  
 Berlin, 10. Juli. Der Garantieauschuh wird voraussichtlich am 15. Juli nach vierwöchentlicher Abwesenheit aus Berlin nach Paris zurückkehren. Wie verlautet, soll es gelingen sein, den Ausschuh von den unerwünschten Aussagen des Londoner Ultimatus wenigstens teilweise zu überzeugen und nachzuweisen, daß die größten Ausgaben des Reichshaushaltsplans hauptsächlich in den Kosten der Besetzung und der Verbandskommissionen beruhen, und daß ferner die im Ausland verbreitete Meinung, in Deutschland sei die Steuerlast geringer, auf Irrtum beruht. — Nach dem deutschen Steuerplan ist nämlich ein Einkommen von 2000 Goldmark, das nach dem (allerdings längst überholten) Umrechnungssatz von 32 Papiermark für eine Goldmark, ein Papierertrömmen von 64 000 M darstellt, mit 10,7 v. H. Steuern belastet, während diese 2000 Goldmark, die in Frankreich ein Einkommen von 7675 Franken ergeben, dort mit 0,719 v. H. versteuert sind. Nach demselben Umrechnungssatz ist ein Einkommen von 10 000 Goldmark bei uns mit 27,6 v. H. belastet, in Frankreich mit 5 v. H. und in England bei einem Einkommen von rund 910 Pfund Sterling mit 14,88 v. H., 5000 Goldmark tragen in Deutschland 43 v. H., in Frankreich 17,7 v. H. und in England 32 v. H. Steuerlasten.

**Das Schutzgesetz**  
 Berlin, 10. Juli. Der Rechtsauschuh des Reichstags hat einstimmig einen Antrag der Linken angenommen, daß der außerordentliche Staatsgerichtshof aus zwei Mitgliedern des Reichsgerichts und 5 nichtständigen Mitgliedern bestehen soll. Anklagebehörde soll die Reichsanwaltschaft sein. Die vorgesehene Verbannung ehemaliger Landesherrenlicher Familienmitglieder wurde gegen die Stimmen der Linken gestrichelt; wenn sie im Ausland leben, kann ihnen nach dem Antrag Bell (Zentr.) bei Verurteilungen gegen das Ausnahmegesetz das Betreten des Reichs verboten oder der Aufenthalt beschränkt werden.

**Gegen das Ausnahmegesetz**  
 Berlin, 10. Juli. Der Reichsbürgerrrat hat an sämtliche Fraktionen des Reichstags eine Eingabe gerichtet, die gegen das Ausnahmegesetz Widerspruch erhebt, das nur zu dauernden politischen Keibungen führen müsse. In einer Eingabe an den Reichskanzler wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausnahmeverordnungen und sonstigen Maßnahmen der Regierung in einer Weise auf das Bürgerertum eingewirkt habe, die dem „Schuh der Republik“ nicht zuträglich sein könne.

Berlin, 10. Juli. Bei dem bekannten Herausgeber des „Reichswort“, Grafen Ernst von Reventlow wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

**Aufreizende Rede Scheidemanns**  
 Frankfurt a. M., 10. Juli. Oberbürgermeister Scheidemann von Kassel hielt am 8. Juli hier eine Rede. Er sagte, die Reichswehr sei zur größten Gefahr für die Republik geworden; Reichswehrminister Gehler müsse freiwillig gehen oder zum Geden gezwungen werden. Es sei ein großer Fehler der Revolution gewesen, daß sie die Pressefreiheit habe bestehen lassen. Gegen die Reaktion müsse der Kampf bis auf Messer geführt werden; die Arbeiter seien nötigenfalls dazu bereit. Die unzuverlässige Deutsche Volkspartei dürfe unter keinen Umständen in die Regierung hereingenommen werden. Wenn das Ausnahmegesetz nicht nach dem Wunsch der Arbeiterklasse ausfalle, dann werde sie den Berlinerern zeigen, wo Partei den Kopf halt. (Scheidemann war bekanntlich vor der Revolution Staatssekretär unter Prinz Reg von Baden und nach der Revolution Reichskanzler.)

**Ein Hochverratsblatt eingegangen**  
 Bonn, 10. Juli. Das Blatt „Rheinische Republik“ des Franzosen-Agenten Smeets hat sein Erscheinen eingestellt.

## Vom Ausland

**Das Anerbieten der deutschen Regierung**  
 Paris, 10. Juli. Die amtliche Mitteilung, daß Deutschland nicht in der Lage sei, seine Entschuldigungsverpflichtungen fortzusetzen, ist von Berlin eingetroffen. Die Reichsregierung macht den Vorschlag, in den Jahren 1923 und 1924 statt der im Zahlungsausshuh festgesetzten Sachleistungen von jährlich 1450 Millionen Goldmark solche bis zu 2 Milliarden Goldmark zu liefern. An den Zahlungen von 1922 fehlen noch 250 Millionen Goldmark. Das „Echo de Paris“ meint, der Oberste Rat werde nun zu prüfen haben, ob eine absicht-



liche Verletzung Deutschlands vorliegt, da an der Zahlungsfähigkeit die leitherige Politik Deutschlands schuld sei. Die englische Auffassung dagegen geht dahin, zu erwägen, was angesichts der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit zu geschehen habe, ohne daß man sich darum kümmere, was vorher geschehen sei; eine absichtliche Verletzung Deutschlands liegt somit nicht vor. Das „Echo de Paris“ sieht indessen die eigentliche Ursache in dem erschreckenden Sturz des Marktwertes. Deutschland werde sehr bald da ankommen, wo sich jetzt Oesterreich befindet. Das hätte vermieden werden können, wenn man Deutschland gezwungen hätte, Anleihen zur Festigung seines Marktkurses aufzunehmen, jetzt wolle kein Käufer des auswärtigen Marktes mehr deutsche Mark aufnehmen. Frankreich stehe also vor der Gefahr, daß die ganze Entschädigungsleistung zusammenbreche. Was soll aus den Sachlieferungen werden, wenn dann Arbeitslosigkeit und innere Kämpfe in Deutschland ausbrechen? Deutschland werde nicht mehr in der Lage sein, seine Industriellen und anderen Lieferanten der Sachlieferungen dafür zu bezahlen. Die Verbündeten hätten rechtzeitig dafür sorgen müssen, daß ein Teil der deutschen Schuldverpflichtung durch die Regelung der gegenseitigen Handelsverhältnisse ausgeglichen werde. Hoffentlich lasse sich das große Unglück von Frankreich noch wenden.

Paris, 10. Juli. Havas meldet, auf die deutsche Bitte um einen neuen Zahlungsausschub werde zunächst keine Zahlungsfähigkeit geprüft und der Bericht des Garantie-Ausschusses über die deutschen Reichsfinanzverhältnisse der Entschädigungskommission vorgelegt, bevor eine Entscheidung getroffen werde.

London, 10. Juli. Das Kabinett wird in seiner nächsten Sitzung die durch den Sturz der deutschen Mark geschaffene Lage beraten.

#### Mißerfolg Schanzers in London.

London, 10. Juli. Die Verhandlungen des italienischen Außenministers Schanze mit Lloyd George und dem britischen Außenminister Balfour über die Pflichten sind nicht so glatt verlaufen, wie die amtliche Mitteilung es darstellte. Schanze hat vielmehr, wie verlautet, vorgeschlagen, die für Ende dieses Monats in Aussicht genommene Dreimächtigkeitskonferenz zu verschieben; darüber hat er auf der Rückkehr mit Poincaré in Paris gesprochen. — Der „Daily Telegraph“ schreibt, wenn eine Einigung über die vorderasiatische Frage nicht zu erzielen sei, so müsse man sich in London überlegen, ob die britischen Vorschläge nicht juristisch zupacken seien, damit Großbritannien seine volle Freiheit wieder erlange.

#### Französisch-italienische Einigkeit.

Paris, 10. Juli. Nach Havas ist bei der Besprechung des aus London zurückgekehrten italienischen Ministers Schanze mit Poincaré eine Uebereinstimmung in der Frage der Verbandschulden bei Amerika festgestellt worden. Bei den Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich bezüglich der heiligen Orte in Palästina soll ein Bericht dem Völkerbund vorgelegt werden, nachdem er Italien mitgeteilt sei.

Paris, 10. Juli. Laut „Echo de Paris“ läßt die neueste Note des Auswärtigen Amtes in London an die französische Regierung durchblicken, daß eine Einigung mit Frankreich in der Orientfrage erwünscht wäre. Eine baldige Zusammenkunft der drei Außenminister sei notwendig.

Nach dem „Petit Parisien“ soll Poincaré dem Minister Schanze in der gestrigen Unterredung erklärt haben, er könne die italienische Regierung zu den schwebenden Verhandlungen über den Hafen von Tanger nicht zulassen. Falls eine internationale Vereinbarung getroffen würde, werde Italien Gelegenheit erhalten, sich dazu zu äußern. Schanze habe darauf eine allgemeine Aussprache über die Entschädigungsfrage gewünscht, was Poincaré mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Arbeit des Garantie-Ausschusses in Berlin ablehnte.

#### Das palästinische „Mandat“

London, 10. Juli. Der Araberkongreß in Palästina hat laut „Times“ die in London befindliche Vertretung beauftragt, die britische Regierung und den Völkerbund zu benachrichtigen, daß die arabische Bevölkerung das britische Mandat über Palästina nicht anerkenne. (Mandat oder Verwaltungsauftrag nannten die Verbündeten ihren Völkerraub im Weltkrieg.)

#### Ein neuer Friedensvertrag?

Unter den Händen der Geheimdiplomatie wird wieder etwas vorbereitet. Die Unterredungen, die der italienische Außenminister Schanze mit den führenden Männern in London mehrere Tage hindurch hatte, dürften neben den Orientfragen und derartigen Angelegenheiten auch noch andere Gegenstände in den Kreis der Beratungen gezogen worden sein, über die man freilich noch weniger erfährt, als über jene ersten Streitfragen. Die halbamtlichen Berichte darüber sind ja bis jetzt ganz unklar und verworren, zum Teil geradezu einander widersprechend, und sie spiegeln wohl die noch immer in hartem Gegensatz befindlichen Auffassungen und Richtungen der drei Hauptverbandsmächte wider, die sich eben trotz der unzähligen Konferenzen so gar nicht unter einen Hut bringen lassen wollen, soweit ihre eigenen Belange in Spiel kommen. In einer Frage scheint nun aber doch endlich gewissermaßen ein Kernpunkt geschaffen worden zu sein, wovon man allerdings unmittelbar gar nichts erfährt, aber die Tatsache, daß gleichzeitig sonst gut unterrichtete Blätter in bestimmter Form Nachrichten über die Entschädigungsfrage veröffentlichen, scheint doch darauf hinzuweisen, daß hierin nun endlich einmal etwas geschehen ist. Daß man in Paris nach dem Scheitern der Entschädigungsanleihe nicht mehr auf die „Zahlung“ unbedingt verlassen ist, ist kein Geheimnis mehr, man weiß nur nicht, was Poincaré als „Schadenersatz“ für das „verlebte Recht“ fordern will.

Der Londoner „Daily Express“ erklärt nun, daß an Stelle des Vertrags von Versailles ein neuer Friedensvertrag geschlossen werden müsse; das Blatt hofft, daß Präsident Harding nach den amerikanischen Wahlen im November die nächste, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um einen neuen Vertrag abzuschließen.

Ganz aus den Fingern gezogen wird diese Weidung wohl nicht sein. Der Berichterstatter der Londoner „Morning Post“ meldet aus Washington bestimmt, die Regierung der Vereinigten Staaten werde von sich aus in der gegenwärtigen Finanzkrise Deutschlands nichts tun; sie verweise auf die Privathilfe, d. h. die Anleihe der Banken. Und gleichzeitig erfährt die „Westminster Gazette“ zuverlässig aus New York, wenn die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Entschädigungszahlung nicht so geändert werde, daß Deutschland Sicherheiten für eine ausländische Anleihe bieten könne, so werden die Vereinigten Staaten kein Geld mehr geben.

Wird nun Poincaré seine Haltung so ändern? Es ist nach den Londoner und Pariser Besprechungen Schanzers nicht unwahrscheinlich. Aber was wird der Preis sein? Wie fürchten: Das Rheinland. Und ob er in dieser Grund- und Urabsicht der Franzosen, der alle anderen Forderungen und Sanktionen nur als Mittel dienten, bei den übrigen Verbündeten auf ernstgemeinten Widerstand stoßen wird, das ist eben die Frage.

Berlin, 10. Juli. Wegen des drohenden Bergarbeiterstreiks wird sich der Reichsarbeitsminister zu Verhandlungen im Ruhrgebiet begeben.

## Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 11. Juli 1922.

### § Allgem. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse Magold.

Am letzten Samstagabend fand im Rathausaal in Magold eine Ausschusssitzung statt, zu der die Kassenvorstände fast vollständig erschienen waren, handelte es sich doch um Stellungnahme zu wichtigen Fragen der Kasse. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden, Fabrikant Schnepf-Magold, wurde zunächst das Rechnungsergebnis von 1921 vorgelesen. Darüber sei kurz gesagt: Die Einnahmen aus Krankenversicherung mit rund 1800 000 M wurden durch die laufenden Ausgaben (so in Anspruch genommen, daß nur ein Betrag von etwa 130 000 M der Rücklage zugeführt werden konnte. Die geleglich vorgezeichnete Rücklage (Sol) betrug auf 31. 12. 21 rund 380 000 M, diesem Betrag steht ein Posten von 320 000 M gegenüber. Der Gesamtumloß einschl. Invalidenversicherung beziffert sich auf rund 5 200 000 M. Die Familienhilfe erfordert einen Aufwand von 140 000 M, das entspricht einem Beitragssatz von 0,75%, während 6,5% des Grundlohns erhoben wurden. Damit sind die Behauptungen, die Familienhilfe verschlinge zu viel Geld, widerlegt. Die Ärzte, Zahnärzte und Dentisten sind nunmehr von den Krankenkassen so gut honoriert, daß die Kassemitglieder und deren Familienangehörige eine gründliche und gewissenhafte Behandlung erwarten können. Zu der Frage der Erhöhung der Grundlohne führte der Kassenvorstand aus, daß durch ein Rückgeh der Erhöhung auf 120 M läßt, ermöglicht sei, es sei dringend notwendig, möglichst rasch eine Grundlohnerhöhung durchzuführen, einerseits zur Behebung der Kasseneinnahmen, andererseits, um den arbeitsunfähigen Versicherten höhere Leistungen gewähren zu können. Um eine Herabsetzung des Beitragssatzes (7,5%) kann es sich nicht handeln, weil die Ergebnisse der letzten Grundlohnerhöhung deutlich gezeigt haben, daß die der Kasse durch Grundlohnerhöhung zugeflossenen Mehreinnahmen teils durch die gesteigerten Verzinsungen, teils durch die dauernde Erhöhung aller übrigen Ausgaben vollständig aufgebraucht werden, und weil mit einer weiteren Steigerung aller Ausgaben zu rechnen ist. Der Ausschuss ist von der Notwendigkeit einer Grundlohnerhöhung auf 120 M überzeugt und nimmt die vom Vorstand vorgelegene Resolution mit Wirkung vom 3. Juli 1922 an. (Die Veröffentlichung der neuen Stufeneinteilung etc erfolgt in den nächsten Tagen.) Von Arbeitnehmerseite wurde mit Recht bemängelt, daß das Gesetz keine weitere Erhöhung zuläßt, denn Tagesloehdienten von 120 M seien bereits überholt. Wegen des gestiegenen Marktwertes mußten verschiedene Sogungsänderungen vorgenommen werden. Beschlossen wurde eine Erhöhung des Beitrags zu den Kosten für kleinere und größere Heilmittel etc. (§§ 27 und 32 der Satzung) auf 400 M, ferner eine Erhöhung der Vergütungen der Vorstands- und Ausschusssmitglieder um 100% und eine solche der Belohnung des Vorstandsvorsitzenden um 150% (§ 79 der Satzung). Eine längere Debatte verurteilte die Änderung der Familienhilfebestimmungen. Es hat sich gezeigt, daß der bisherige Beitrag zu den Krankenhausbetriebskosten eines Familienangehörigen, insbesondere bei Operationen, im Verhältnis zu den Gesamtkosten zu gering ist. Andererseits scheint nach Aussage von Ärzten die Familienhilfe in Beziehung auf Arzt und Apotheke da und dort unnötig in Anspruch genommen zu werden. Der Vorstand hat daher beantragt, in Zukunft die Krankenhausbetriebskosten einschließlich ärztlicher Behandlung und der gesamten Nebenkosten für Familienangehörige auf die Kasse zu übernehmen, dagegen die Apothekerkosten in allen Fällen (bei ambulanten und Krankenhausbehandlung) nur noch zur Hälfte zu bezahlen, doch sollen die Kosten für Verbandsmaterialien durchweg ganz von der Kasse getragen werden. Ein Teil der Ausschusssmitglieder war mit dem Antrag des Vorstands einverstanden, während andere für die Uebernahme der gesamten Apotheker- u. Krankenhauskosten eintraten. Mit Stimmenmehrheit wurde der Antrag des Vorstands zum Beschluß erhoben. Ferner wurde für Familienangehörige der Beitrag zu kleineren u. größeren Heilmitteln auf 200 M festgesetzt, bei Zahnersatz wird die Hälfte bzw. im Falle der Beteiligung der Invalidenversicherung ein Drittel bis zu 200 M auf die Kasse übernommen. Die übrigen Sogungsbestimmungen über Familienhilfe bleiben unverändert. Bezüglich der Krankenhausbetriebskosten für Familienangehörige ist noch zu bemerken, daß im allgemeinen nur das Bezirkskrankenhaus Magold, das Krankenhaus Altensteig und die Löhninger Unterwärtsklinik in Betracht kommen. Abgesehen von Notfällen ist die Kostenübernahme jeweils von der vorherigen Genehmigung der Krankenkasse, welcher auch die Wahl des Krankenhauses ausdrücklich vorbehalten bleibt, abhängig. Im Falle einer dringlichen Aufnahme in einem andern als den vorbezeichneten Krankenhäusern oder Kliniken werden die Kosten nur insoweit übernommen, als sie im Bezirkskrankenhaus Magold entfallen würden. Krankenhausbeflege wird jedoch nur in dringenden Fällen, über welche event. der Vertrauensarzt der Kasse entscheidet, gewährt. Die neuen Familienhilfebestimmungen treten erst nach Genehmigung durch das Oberver-

sicherungsamt in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird feinerzeit bekannt gegeben werden. Anschließend daran erteilt der Ausschuss seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Vorstands über die Dienst- und Befoldungsordnung der Kasseneinnehmer. Die Dienst- und Befoldungsverhältnisse der Krankenkassenbeamten werden von dem Württ. Krankenkassenverband und der Beamtenvereinigung general geregelt und stützen sich auf die staatliche Befoldungsordnung. Nach Beantwortung von Anfragen aus der Mitte des Ausschusses u., nachdem der Vorsitzende dem Vorstand und den Beamten für ihre Mithilfe dankt, wurde die vierstündigen Verhandlungen geschlossen.

### Außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Magold.

Am Sonntag nachmittag fand in der „Traube“ die außerordentliche Generalversammlung des Konsumvereins Magold statt. Der Vorsitzende, Gemeindevorstand, eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Zusammenkommens wegen der Bestellung eines Geschäftsführers im Hauptamt, wegen der Frage der Erhöhung der Stammanleihe und wegen verschiedener wichtiger interner Vereinsangelegenheiten. Geschäftsführer Bischoff legte dann dar, wie die zunehmende Zahl der Geschäftsvorfälle einerseits, die unter den heutigen Verhältnissen mit ihren großen Schwankungen oft sehr rasche Entscheidungen im Vereinsamt bedingen, und wie andererseits nach Angliederung der Filialen in Halterbach und Altensteig die vermehrte Zahl der Konsumenten mit insgesamt rund 700 Mitgliedern erhöhte Anforderungen an die Führung des Geschäftsführers fordern, die unmöglich von einem Manne im Nebenamt, d. h. nach Freizeid weiter bestragt werden könnten, ohne daß die Vereinsinteressen Schaden leiden würden. Nachdem die Konsumvereinsbewegung auch in Wildberg festen Fuß zu fassen scheint, die zu einer Bildung einer weiteren Filiale führen kann, wünschenswert die Versammlung den vorzutragenden ersten Gründen nicht, die für Bestellung eines Geschäftsführers sprechen und stimmte der Anstellung zu. Die darauf vorgenommene Wahl hatte dann nach längerer Aussprache das Ergebnis, daß Herr Bischoff mit großer Stimmenmehrheit zum Geschäftsführer im Hauptamt gewählt wurde. Der gewählte nahm die Wahl an und versprach, seine ganze Kraft und Zeit den Bestrebungen des Konsumvereins widmen zu wollen. Längere eingehende Erörterungen erforderte dann der zweite Punkt der Tagesordnung, die Änderung des § 33 der Statuten, Erhöhung der Stammanleihe betreffend. Die Notwendigkeit dieser Erhöhung ergibt sich aus dem fortwährenden Sinken des Wertes unserer Mark. Wenn der Verein die Anforderungen seiner Mitglieder auch weiterhin befriedigen will, und wenn er zur Befriedigung der Waren das unbedingt notwendige Betriebskapital verfügbar haben soll, dann kommt man nicht ohne erhöhte Stammanleihe durch. Nach lebhaften, langen und sachlichen Erörterungen kam man zu dem Beschluß, die Stammanleihe auf 600 M festzusetzen. Kaputt ältere Mitglieder werden gebeten, mehrere Stammanleihe zu übernehmen und nur leicht bald einzuzahlen, während weniger Bemittelten eine bequemere Abzahlung der Verbindlichkeiten zugestanden werden soll. Bezüglich der Verzinsung des Geldes wurde beschlossen, daß sämtliche Stammanleihe in gleicher Weise dividendenerichtig sein sollen; sollte je keine Dividende verteilt werden können, dann wird allen Stammanleihen mit Ausnahme des ersten Anteils eine Verzinsung von 4% zugesichert. — Bei Punkt 3. Beschiedenes, nahmen die Erörterungen über Ausgabe und Vergütung von Hausanteilscheinen zur Debatte der Ausgaben für den Hausanwerb ein breiten Raum ein. Für diese Hausanteilscheine, die nächsten zur Ausgabe kommen, wird eine Vergütung von 5% festgesetzt. Nach Erledigung der einzigen internen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die für den Konsumverein Magold bedeutungsvolle Generalversammlung.

**Volksmissionsvortrag.** Gestern fand am dem Schloßberg ein im Gesellschaft angelegter Volksmissionsvortrag statt, dessen Thema lautete: Der moderne Zweifel und seine Ueberwindung. Sei es, daß man nicht wußte, wer der Vortrager sein sollte, oder daß ein Württ. Genen diese Neuerung vorlag — es waren nur wenige die der Einladung folgten, außer den Jugendverbänden von hier und auswärts. Und doch spürte man dem Vortragenden Herrn Oberlehrer Bischoff von Oberreichenbach an, daß er aus eigenem Erleben sprach, wenn er sagte, wie die berechtigten Zweifel des Menschen am und durchs ewige Evangelium geholt werden; wie aber die unberechtigten eine freiemordende Wirkung haben. Ein warmes Echo in Spiel und Lied befechtigte die herzliche Einladung am Schluß: den Lebensgang an der Hand des treuesten Führers Jesu zu geben. — Dankbaren Herzens gingen die Anwesenden unter dem freundlichen Sonnenschein heimwärts, mahnend, daß eine nächste solche Veranstaltung besser besucht sein möchte.

**Wrondorf.** Unter harter Konkurrenz erhielt der Liedertanz Wrondorf beim Preisfesten am 9. Juli in Schömberg in Klasse I mit 28 Sängern den III. Preis.

## Württemberg

Stuttgart, 10. Juli. Der Staatshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1922 ist dem Landtag nunmehr zugegangen.

Stuttgart, 10. Juli. Musikfest. Am Samstag und Sonntag fand hier das 3. Süddeutsche Musikerverbandsfest der Musikkapellen statt, zu dem auch 4 Kapellen aus der Schweiz erschienen waren. Am Samstag war Wettspielen im Festsaal der Viederkasse, abends Festbankett; bei dem Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager und Staatsrat Dr. Hegelmaier Begrüßungsansprachen für Stadt und Regierung hielten. Am Sonntag wurde das Wettspiel der drei Stufen, wobei Tänze, Märsche und Soli ausgeschlossen blieben, fortgesetzt und nachmittags fand ein Festzug von 64 Vereinen mit 40 Musikkapellen durch die König- und Redarstraße nach dem Cannstatter Wasen statt, wo in Waffen- und Einzelmusikvorträge Darbietungen erfolgten. Der mächtige Festzug erregte großes Aufsehen und lockte viele auf den Wasen. Abends war Ball.

Stuttgart, 9. Juli. Ein Riesenfehlschlag. Der Haushaltplan der Stadt Stuttgart für 1922 verzeichnet an Ausgaben 1 579 074 800 M., an Betriebseinnahmen aber nur 1 089 561 400 M. Das ergibt einen bloß teilweise aus Steuern zu bedeckenden Finanzbedarf von 449 442 400 M. Er ist jedoch gegen das Jahr 1921 um das 3fache gestiegen. Die Polizeiverwaltung erfordert einen Aufschub von 51 Mi-

nenen, auf die Fahrtspul-anstalten zuehung- Die per die Höhe planmäßig angestellt Unterjünger-Gruppen kirche defanats worden, Bon dem 227 Mi trauten wurde denen Betauf mischten Mutter-chen Ch

Mitte Konzepte Mittelste Unschä- Bedo- lungen Höfen a. O. W. infolge geborene- Staff- Borten- Personal- und ihre Spielzei- aber ma- müssen. daß das- Schwierig- Wenn es- nen hat- des um- gessen. Oper au- innern n- Mozaris- opern, b- allen di- als muß- neuesten- gen; es- auch Sp- das dau- worden. Holz sein- Single- ung in- (Heraus- genialer- der o- bereicher- auch wie- gegenwä- hört, daß- teiler zu- theater g- naturg- lebendige- Oberleit- im ganz- Interesse- die seine- spricht, e- den Spi- Die- Theater- te in b e- Reut- Eine Sch- unter a- daß der- Laufend-

Ne- berg m- für 40 O- In dem- größeren- Wid- trägt bi- Roff- un g e n- den Hill- waltam- obgleich- bal. — G e n t e- geldern- betrag u- irrträuf- dertern- erlegt. n- frage, n- Apter- wurde d- fallenen- Wid- lag nach- dem etw- Fried- Bauer- Burchen- hüllen-





des Infrastretens  
Anschließend daran  
zu den Geschäften  
Bausparbank der  
Wohlfühlvereine  
Krankenkassen  
Central geregelt und  
umwandlung. Nach Be-  
des Ausschusses u.  
den Beamten für  
die vierständigen  
L.

ung des Konsum-  
nd in der „Lande“  
des Konsumvereins  
rat Na, eröffnete  
die Notwendigkeit  
eines Geschäfts-  
der Erhöhung der  
wichtiger internen  
Befürwortungen einer-  
mit ihren großen  
im Waren-  
Angliederung der  
schlechte Zahl der  
Rückläufer erhöhte  
Schuldenlasten  
Gesamt, d. h. nach  
u. ohne daß die  
Nachdem die Kon-  
den Fuß zu lassen  
in die Fülle führen  
ertragen in ersten  
Schuldenlasten  
Die hierauf vor-  
der Aussprache das  
Stimmenmehrheit  
wurde. Der Ge-  
seine ganze Kraft  
erweitern widmen zu  
erforderte dann  
Abänderung des  
entworfene betreffend.  
sch aus dem fort-  
Markt. Wenn der  
auch weiterhin be-  
der Waren das  
schäbar haben soll,  
Kommunität durch  
erwähnen kann man  
300 A festzuhalten,  
u. mehrere Stamm-  
anzahl, während  
ndung der Bedin-  
gung der Begrün-  
dungsstimmliche  
sein sollen; sollte  
dann wird allen  
Anteils eine Ver-  
akt 3. Vertriebenes,  
und Veräußerung von  
den für den Haus-  
Bankkontokorrente,  
eine Veräußerung  
in einigen internen  
für den Konsum-  
sammlung.

nd auf dem Schloß-  
vollständigen  
Zweifel und seine  
achte, wer der Vor-  
trauen gegen diese  
die der Einladung  
hier und auswärts.  
Herrn Oberlehrer  
aus eigenem Ge-  
achtigten Zweifel des  
um gebillt werden;  
mordende Wirkung  
Lied bekräftigt die  
Lebensgang an der  
gen. — Dankbaren  
freundlichen Sonnen-  
schäfte solche Veran-

erzielt der Wieder-  
Juli in Schönbürg  
fels.

### erg

haushaltplan  
ndung nunmehr zu-  
Am Samstag und  
Rustverbandsfest  
Kapellen" aus der  
tag war Wettspielen  
stbankst, bei dem  
und Saatorat Dr.  
Stadt und Regier-  
Wettspiel der drei  
ausgeschlossen blie-  
in Festzug von 64  
König- und Refar-  
wo in Roffen- und  
kten. Der nächste  
lockte viele auf den

ehbeitrag. Der  
1922 verzeichnet an  
Lebseinnahmen aber  
in bloß teilweise aus  
en 449 442 400 M.  
as 3,5fache gestiegen.  
Auskunft von 51 Mil-

nionen, wobei schon in Rechnung gestellt ist, daß sie bald  
auf die Staatsverwaltung übergeht. Der Zuschuß für Wohlfahrtspflege und Fürsorgewesen, wozu auch die Krankenanstalten gehören, ist von 26 auf 91 Millionen, der für Erziehung und Bildung von 18,5 auf 60,5 Millionen gestiegen. Die persönlichen Ausgaben sind von 102,5 auf 342 Mill. in die Höhe geschritten. Davon entfallen 143,5 Mill. auf 2395 planmäßige Beamte, 52 Mill. auf 1228 außerplanmäßige Angestellte und 146,5 Mill. auf 2363 Arbeiter und Hausangestellte. Besonders zu beachten bleibt der sehr geringe Unterschied zwischen der ersten und der letzten dieser drei Gruppen.

**Kirchenstatistik.** Nach den Aufzeichnungen des kath. Stadtdiakons Stuttgart sind im Jahr 1921 948 Ehen geschlossen worden, wovon 274 beiderseits katholisch und 672 gemischt. Von den ersteren wurden 232 Paare, von den 672 gemischten 227 Paare in katholischen, 183 in evangelischen Kirchen getraut, 305 beantragten sich mit der Ziviltrauung. Geschieden wurden 90 Ehen, davon 22 ganz katholische, ferner 31, bei denen der Mann, und 37 bei denen die Frau katholisch war. Getauft wurden aus rein katholischen Ehen 679, aus gemischten Ehen mit katholischer Vater 82, mit katholischer Mutter 212 Kinder; ungetauft blieben 3 aus ganz katholischen Ehen, 74 aus gemischten Ehen und 18 uneheliche Kinder.

**Mittelstandsnotiz.** In der Verkaufsstelle Stuttgart, Kanlzstraße 28, konnte beim Verkauf des vom bedürftigen Mittelstand als entbehrlich abgegebenen Hausrats bereits ein Umsatz von gegen 400 000 A erzielt werden.

**Beauvilliers Unglücksfall.** Bei den heutigen Schwimmübungen der 1. Schwadron des 18. Reiter-Regiments in Hofen a. R. ist der Reiter Wilhelm Seiffert aus Waldbach, Ost-Weinsberg, nur 8 Meter vom Ufer entfernt, wohl infolge von Herzschlag, ertrunken. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

**Stuttgart, 10. Juli.** Das Landestheater hat seine Pforten wieder für zwei Monate geschlossen. Von nun an mag dem Personal, den Darstellern sowohl wie dem wackeren Orchester und ihren tüchtigen Leitern nach der langen, arbeitsreichen Spielzeit die wohlverdiente Erholung von Herzen gönnen, aber man wird in der Pause den Kunstgenuss doch sehr vermissen. Darüber besteht ja doch wohl nur eine Stimme, daß das württembergische Landestheater trotz der äußerst schwierigen Zeitlage auf einer Höhe steht, wie nur je einmal. Wenn es vergönnt war, Darbietungen im Großen oder Kleinen Haus anzunehmen, der konnte auch über die Stunden des unmittelbaren Kunstgenusses hinaus der Zeiten Not vergessen. Was von den bekannten Stücken in Schauspiel und Oper aufgeführt wurde, war scheinbar erstklassig. Wir erinnern nur an die Wälsche Blodergabe der Werke Wagner, Mozarts, an Fibella, Hans Helling, Freischütz, die Vorhänge, die letzten Werke Verdis; im Schauspiel waren es vor allem die Dramen Shakespeares, Goethes und Shakespeares, die als musterhaft zu bezeichnen sind. Unter den neuen und neuesten Bühnenarbeiten war nicht alles vollwertiger Beize; es löst sich bei keinem Theaterbetrieb vermeiden, daß auch Spreu unter die Ähren gerät. Aber manch gutes Stück, das dauernd zu werden verdient, ist auf die Bühne gestellt worden. Ein Verdienst unseres Landestheaters, auf das es stolz sein kann, ist die Aufnahme der beiden Schuberthschen Singspiele „Der treue Soldat“ und „Die Weiberverwirrung“ in der meisterlichen Bearbeitung von Rolf Lauder (Herausgeber von „Meer und Meer“) und unseres genialen Generalmusikdirektors Fritz Busch, den wir leider an Dresden verlieren werden, und Tonen. Hoffentlich bereichern diese lieblichen Kinder einer freundlichen Muse auch wieder den Plan der nächsten Spielzeit. Wenn man gegenwärtig von manchen der großen Theater Deutschlands hört, daß sie namentlich bezüglich der Leitung mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so ist davon das Württ. Landestheater glücklicherweise nicht berührt; in den Kreisen der Dramaturgie und Regie, besonders in der Person des Herrn Inhabers, hat man die besten Voraussetzungen für eine glückliche Oberleitung, um die man es beneiden kann. Und daß dies im ganzen Land anerkannt wird, das beweist das steigende Interesse, das dem Landestheater von der Theatergemeinde, die seine eigentliche Stütze in schwerer Zeit zu werden verpflichtet, entgegengebracht wird und das auch in der kommenden Spielzeit sich hoffentlich wieder bewähren wird.

Die 1. Vorstellung der nächsten Spielzeit, auch für die Theatergemeinde Serie 1, findet am Freitag, den 1. September statt.

**Reutlingen, 10. Juli.** Was man verlieren kann. Ein Einziger Schuhwarenhändler hatte das Pech, unterwegs eine Schachtel mit 10-15 Paar Schuhen vom Wagen herunter unter auf dem Weg nach Gornarinen zu verlieren, ohne daß der Finder sich gemeldet hat. Der Verlust soll in die Tausende gehen.

**Neuenbürg, 10. Juli.** Warendiebstahl. In Schönbürg wurde einem Kaufmann der Laden ausgeräumt und für 40 000 A Waren, hauptsächlich Damenartikel, gestohlen. In dem Nebenraum suchten die Diebe vergeblich nach einem größeren Geldebetrag, von dem sie wohl Kenntnis hatten.

**Widdob, 10. Juli.** Die Zahl der Fremden beträgt bis heute nach der amtlichen Kurliste 7718 Personen.

**Rothweil, 10. Juli.** Merkwürdige Freisprechungen. Die Geschworenen haben in der Strafsache gegen den Hilfsarbeiter Karl Strom in Schramberg wegen gewalttätigen Mordversuchs die Schuldfrage verneint, obgleich Strom geständig war und um mildernde Umstände bat. — Der frühere Stadtschultheißenamtssekretär Rudolf Genter in Rothweil hatte bei Sporteln und Polizeitrafgedern die Einträge gefälscht, um, wie er angibt, einen Fehlbetrag von 1400 Mark einer anderen Kasse, der der durch irrtümliche Ausgabe von Laufendmarktscheinen statt Hunderten entstanden war auszugleichen. Der Fehlbetrag wurde erlegt. Die Geschworenen verneinten wiederum die Schuldfrage, worauf Freisprechung erfolgte.

**Hörsperg, 10. Juli.** Denkmalweihe. Am Sonntag wurde das an der Kirche errichtete Denkmal für die 118 Gefallenen der Gemeinde eingeweiht.

**Walden, 10. Juli.** Brand. Sonntag nacht brach in der Wirtschaft zum „Lachen“ Feuer aus, dem etwa die Hälfte des Hauses zum Opfer fiel.

**Friedrichshafen, 10. Juli.** Ueberfall auf einen Bauernhof. Am Freitag morgen drangen zwei junge Burschen in den zu Langenargen gehörigen Wielandshof ein, stahlen und tadelten unter Vorhalt von Revolver und

Dolch die allein anwesende 43 Jahre alte Frau Wieland und durchsuchten sodann das ganze Haus nach Geld und Wertgegenständen. Es fielen den Räubern 2800 Mark bares Geld in die Hände, ferner nahmen sie Kleider und Wäsche im Wert von 14 000 Mark mit, sowie Lebensmittel.

**Dom Bodensee, 10. Juli.** Die vermittelte Großherzogin Luise von Baden erlitt unlängst im Schloß Mainau einen Unfall, der sie zur größten Schonung nötigte. Seit einigen Tagen kann die große Fürstin wieder einige Stunden auf der Schloßterrasse zubringen. Königin Viktoria von Schweden weist zurzeit bei ihrer 83-jährigen Mutter, die auch ihren ältesten schwedischen Urkel auf der Mainau begrüßen konnte.

**Freiburg, 9. Juli.** Die herrlich gelegene Halle der hiesigen Pfadfindervereinigung am Marktplatz-Weber bei Hintergarten wurde ein Raub der Flammen. Das gesamte Gebäude fiel dem Feuer zum Opfer.

## Legte Drahtnachrichten.

Deutscher Reichstag.

**Berlin, 10. Juli.** Der Reichstag trat in seiner heutigen Sitzung, die er um 5 Uhr nachmittags begann, zunächst in die Beratung des von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Rechten eingebrachten Initiativgesetzes betreffend die Bezüge der Sozialrentner ein, das bei der Reichsversicherung neue Lohnklassen, sowie die Erhöhung der Leistungen für den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um jährlich 3000 A vorsieht. Nach kurzer Debatte wurde das Gesetz in allen drei Lesungen einstimmig angenommen mit einer Abänderung, wonach die Unterstützung von Rentenempfängern auch durch Nothandsmittel sichergestellt werden kann. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik erklärte Abg. Dr. Bell (Z) den Bericht über die Verhandlungen des Rechtsausschusses, wobei er hervorhob, daß der Ausschuss die früheren Mitglieder einer republikanischen Regierung außerhalb dieses Schutzes gestellt habe. Auch werde nicht jede Bekämpfung oder Verleumdung eines Regierungsmitglieds unter Strafe gestellt, sondern nur dann, wenn dadurch die Republik herabgewürdigt werde. Der Staatsgerichtshof sei kein nach der Reichsverfassung unstatliches Ausnahmegericht, sondern lediglich ein Sondergericht wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte usw. Eine besondere Verächtlichmachung des Votenelements sei dadurch erreicht, daß fünf Parlamenten nur zwei Juristen gegenüberstünden. Der Berichterstatter hob die besonders schwierigen und eigentümlichen Verhältnisse in Bayern hervor, die es unethisch erscheinen ließen, den berechtigten Wünschen der bayrischen Regierung zu entsprechen, soweit dies mit den Zielen des Gesetzes in Einklang stehe. Andererseits sei aber auch von den Bayern alle gebotene Rücksicht auf das Reich zu erwarten. Die Ausnahmeverordnung für Mitglieder ehemals regierender Familien ist gestrichen worden und die Bestimmung, daß Mitglieder solcher Familien, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, das Reichsamt nur mit Erlaubnis der Regierung betreten dürfen, solle nur angewandt werden, wenn das Wohl der Republik gefährdet erscheine. Der Berichterstatter empfahl schließlich die Annahme der Ausschussbeschlüsse. Bayrischer General Dr. von Preger erklärte, daß die bayerische Regierung mit dem Zweck des Gesetzes durchaus einverstanden sei. Der ursprüngliche Regierungsentwurf mit seinen Strafandrohungen sei weit über das Ziel hinausgegangen und für seine Regierung unannehmbar gewesen. Durch die Beschlüsse des Rechtsausschusses sei zwar ein Teil der Bedenken beseitigt oder doch gemildert, doch habe der Rechtsausschuss eine Reihe grundlegender Bestimmungen der ursprünglichen Regierungsvorlage beibehalten oder sogar noch verschärft, die es der bayrischen Regierung unmöglich machten, dem Entwurf in der Reichsversammlung zuzustimmen. Das gelte namentlich von den Bestimmungen über den Staatsgerichtshof und seine Zusammensetzung. Dem Hause werde eine Reihe von Anträgen vorgelegt werden, die die allerhöchsten Bedenken der bayrischen Regierung beseitigen könnten. Er bitte, durch ihre Ablehnung das Gesetz für Bayern und die gegenwärtige bayerische Regierung nicht antwortbar zu machen. — Die weitere Beratung wurde dann am morgen vertagt und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik nach kurzer Aussprache dem Rechtsausschuss überwiesen.

## Legte Kurzmeldungen.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner Montagssitzung mit der Rat der Sozialrentner und dem Republikchutzgesetz. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, in keine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei einzutreten.

Aus Belfast wird gemeldet: Die irischen Irregulären haben fünf Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt. Dadurch ist die Bahnverbindung Belfast-Dublin unterbrochen.

Nach einem eigenen Drahtbericht des „Vorwärts“ aus Magdeburg soll bei einer neuerlich vorgenommenen Untersuchung bei einem Angehörigen rechtsstehender Organisationen ein vollständig neues Attentatsgeschick gefunden worden sein.

Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik hat das Staatsministerium sämtliche im Freistaat Braunschweig bestehende Gruppen der Deutschsozialen Partei aufgelöst und verboten.

Die Berliner Gewerkschaften haben die Absicht, am 11. Juli die Kundgebungen zu wiederholen, aufgegeben.

Das neue polnische Ministerium Sliwinski ist nach dreitägiger Lebensdauer durch einen Mißtrauensantrag des Sejm (Landtag) mit 201 gegen 195 Stimmen von der Regierung wieder gestürzt worden. Die Oligarchie soll mehr dem sozialistischen Landessprekandidaten Pilsudski als dem Erstenminister Sliwinski.

Berlin, 10. Juli. Der Ausschuss hat das Schutzgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Der „Vorwärts“ tritt aufs neue für die Reichstagsauflösung ein.

Die Buchdruckergehilfen Berlins beschließen den Streik fortzusetzen.

In Barmer sind die Buchdrucker in den Ausstand getreten.

## Familiennachrichten

Auswärtige.  
Gestorben: Donat Schneider, Maurermeister, 78 J., Rottenburg; Rosine Palm geb. Köhler, 82 J., Herrenberg.

## Sport

**Stuttgart, 10. Juli.** Der Sport vom Sonntag. Mit dem Fußballsport bleibt es im Juli still. Um so mehr wird dem Turn-, Wander-, Schwimm-, Rad- und Rudersport gehuldigt. Vom Freitag bis Sonntag veranstaltete die württ. Schulpolizei auf dem Sportplatz der Stuttgarter Turn- und Sportfreunde große olympische Wettkämpfe, an denen über 500 Kämpfer teilnahmen. Es handelte sich dabei um Kämpfe im Schwimmen, turnerische Mehrkämpfe, Leichtathletik, Vagen und Scherathletik. Den Veranstaltungsort wählten auch u. a. an Justizminister Holz, Präsident Haag, General Reinhardt, Oberst von Brandenstein usw. Die Bedeutung dieser Wettkämpfe kommt in den Höchstleistungen zum Ausdruck. J. B. Hochsprung 1,66 Meter, Weisprung 6,34 Meter, Schlenkerball 46,40 Meter. — In Heilbronn fand die Jubiläums-Ruderregatta statt, bei der der Ulmer Ruderklub Donau schöne Erfolge errang, neben dem Mannheimer Ruderklub. Auch in Vamberg und Höchst fanden große Ruderregatten statt. Die Stuttgarter Regatta ist nächsten Sonntag. — In Juffenhausen fanden nationale Wettkämpfe in der Athletik statt, die zahlreiche Zuschauer anlockten. — Endlich fanden in abgelaufener Woche württ. Hochschulwettkämpfe in Tübingen zwischen Studierenden der drei Hochschulen des Landes in Turnen, Schwimmen, Leichtathletik usw. statt. Die deutsche Fußball-Hochschulmeisterschaft wird nach dem Unterliegen der Universität Freiburg gegen Köln mit 4:2 zwischen Köln und Hannover ausgetragen.

## Illerlei

**Prozess des Grafen Othheim.** Vor dem Präsidium des Oberlandesgerichts Jena ist ein Prozess des Grafen von Othheim anhängig, der gegen den fr. Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar sich richtet. Othheim mußte vor mehreren Jahren wegen seines leidenschaftlichen Lebenswandels und seiner „Mißheirat“ mit einer Südin auf die Zugehörigkeit zum Hause Sachsen-Weimar und auf seine Thronfolgersprüche verzichten. Vielen verzichtete er nun auch aus vermögensrechtlichen Gründen an. Neben diesem Prozess läuft ein zweiter um ein Vermögen in Schlesien, der beim Landgericht in Glogau anhängig ist. Das Gericht in Jena schlug vor, das Glogauer Urteil abzuwarten und von ihm die Gesamtentscheidung abhängig zu machen. Die Verhandlung wurde dann auf 14. Oktober vertagt. — Graf von Othheim ist ein Enkel des Prinzen Hermann zu Sachsen-Weimar, der in Stuttgart lebte.

**Ermordet.** Der tschechische Abgeordnete Penička ist aus Privatrathe in einer Privatwohnung in Wirtshewitz (Böhmen) ermordet worden.

**Ausländische Kinderhilfe.** Durch das Hilfswerk der holländischen Frauen, das in 32 holländischen Städten eingerichtet ist, sind bis Ende 1921 rund 26 000 Ferkelkinder, meist aus Deutschland, verpflegt worden. Die „Amerikanische Kinderhilfe“ hat in fünf amerikanischen Kinderheimen u. a. 280 Pfälzer Kinder an 102 000 Verpflegungstagen aufgenommen.

**Stapelkauf.** Auf der Bremer Vulkanwerft lief der vierte Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie von der Räderklasse („Sachsen“) vom Stapel. Das Schiff hat eine Länge von 142 Meter, einen Rauminhalt von 9000 Tonnen und eine Leuchtstärke von 124 000 Tonnen. Im Mai 1921 sind im Hamburger Hafen 1143 Seeschiffe mit zusammen 1 243 815 Netto-registertonnen ein- und 1449 Schiffe mit 1 325 714 Tonnen ausgefahren. Der Tonnenvorkehr ist gegen 1913 sogar noch gemachsen: er betrug 1913 1 193 526 bzw. 1 253 987 Tonnen. Allerdings ist die deutsche Flagge an diesem Verkehr nur mit einem bescheidenen Bruchteil beteiligt.

**Brand.** Die Rüstmühle Schäfer in Worms, eine der größten in Westdeutschland, ist mit großen Warenvorräten durch Feuer gänzlich zerstört worden.

**Schiffsbrand.** In Hoboken (Newyork) geriet ein holländischer Postdampfer in Brand. 658 Reisende mußten schleunigst an Land gebracht werden. Das Feuer wurde gelöscht, doch erlebte die Ausfahrt eine dreitägige Verzögerung.

**Einbrecher drangen in Karlsruhe in eine Wohnung ein und raubten Weibzeug und Silberfachen im Werte von 90 000 A.**

**ep. Reichslager der Blaukreuz-Verbände.** In der ersten Juliwoche hielt der Deutsche Bund evang. kirchlicher Blaukreuzverbände in Münster in Westfalen seine 10. Tagung ab. Die Blaukreuzverbände, die dem wachsenden Alkoholismus in unserem Volkleben durch Aufklärung, Schriftentwurf, Lehrgänge, Vereinsarbeit und Trinkerrettung entgegenzutreten, beschäftigen 56 Berufsarbeiter und haben im letzten Jahr einen Zuwachs von 31 Vereinen unter Erwoachsen und 26 unter Jugendlichen erfahren. Neuerdings wurde ein Hauptsekretär und ein Jugendwart angestellt.

**Stiftung.** Wie man hört, hat der Fürst von Fürstentum 10 Millionen gestiftet zur Weiterführung der Leiringer Talbahn (Friedrichshafen) ins badische Deggendorfertal.

**Woher kommt die Eiernot?** Ein Händler hat aus der Oberpfalz 30 000 Eier in das besetzte Gebiet verschoben. Die letzte Sendung mit 5000 Stück wurde in München abgefangen und beschlagnahmt. Der Biederer erhielt eine Geldstrafe von — 200 Mark.

**Im Dienst verunglückt.** Auf der Fahrt zwischen der Weisinger Steige und Ulm ist der Lokomotivführer des Schnellzugs, ein Münchener, als er während der Fahrt außen an der Maschine etwas nachsehen wollte, von einem Draht erfaßt und von der Maschine geschleudert worden. Schwer verletzt wurde er im Zug nach München verbracht.

**Geföpft.** Bei der Station Mitterstadt (Pfalz) schaute eine ältere Frau aus dem Fenster eines Eisenbahnwagens. Aus der entgegengesetzten Richtung kam auf dem andern Gleis ein Zug vorbei und rief der Frau den Kopf ab.

**Blinder Eifer schadet nur.** Der oberste Leiter der Hamburg-Amerika-Linie Geh. Rat Cun o schreibt im „Manchester Guardian Commercial“; nach der amt. Feststellung ist des



Schiffsbestand des feindlichen Auslands im Vergleich der Jahre 1914 und 1921 gestiegen in England von 19,26 auf 19,57, in Frankreich von 2,52 auf 3,65, in den Vereinigten Staaten von 2,97 auf 14,70 Millionen Bruttoregistertonnen. Deutschlands Handelsflotte ist dagegen durch den Friedensvertrag von 5,46 auf 0,72 Millionen Tonnen vermindert worden. Während aber die deutschen Schiffe (ebenso wie die inzwischen weiter gebauten) vollaus beschäftigt sind, liegt heute bei der übrigen Welttonnage ein Fünftel, wenn nicht ein Viertel vollkommen still.

**Der Geschichtsmaler Ferdinand Ketter**, langjähriger Leiter der Akademie der Bildenden Künste in Karlsruhe, ist in Baden-Baden gestorben.

**Gefunden.** Studienrat Dr. Luz von Heilbronn, der am Januar ds. Js. mit drei anderen Bergsteigern am Radlach (Tirol) einer Schneefawine zum Opfer fiel, ist vor einigen Tagen aufgefunden worden. Nun sind alle vier Bergunglückten geborgen.

**Waldbrand.** Durch Funkenflug wurde bei Spremberg in der Oberlausitz ein Waldbrand verursacht, der 510 Hektar Bestand vernichtete.

**1 Liter Bier = 1000 Kronen.** In Bregenz wurde dieser Lage zur allgemeinen Heberhöhung der Bevölkerung der Preis für ein Liter Bier von 700 auf 1000 Kronen erhöht.

## Handelsnachrichten

**Dollarkurs am 10. Juli:** 529,10 Mark.

**Dreijährige Staatsanleihe.** Die Reichsbank trägt sich mit dem Gedanken, dreijährige Staatsanleihe mit 5prozentiger Verzinsung unter dem Namen (zu 99 Prozent) auszugeben, um dem Mangel an Umlaufmitteln zu begegnen, der besteht, obgleich die Reichsbank in der letzten Juniwoche merklich zwei Milliarden Mark Papiergeld ausgegeben hat. Der Mangel an Betriebskapital nimmt weiter zu, und die Folge davon ist ein Steigen der Bankzinsen.

**Gesamter Papiergeldumlauf Deutschlands an Reichsbanknoten und Darlehensbanknoten zusammen:** Umlauf (RM. Mark): 11. Dez. 1917 17.732, 31. Dez. 1918 32.430, 30. Juni 1919 41.995, 31. Dez. 1919 49.480, 30. Juni 1920 67.608, 31. Dez. 1920 80.838, 30. Juni 1921 84.028, 31. Dez. 1921 121.964, 30. Juni 1922 176.212

**Höchstpreise für Ziegelmassen.** Durch eine Verfügung des W. Arbeitsministeriums wurden die Höchstpreise für Ziegelmassen infolge der Kohlenpreiserhöhung, Frachten- und Lohnsteigerungen erneut heraufgesetzt. Es heißen häufig je 1000 Stück Backsteine 2250 .K.

Gläser 2380, Backsteine, württ. Format 2060, Hohlsteine 3000 bis 2620, Überchwänge 3760, Dachplatten 3620, Holzriegel 5000 bis 5000, Doppelschalensystem 6170-6540, Drahtgerüste, je nach Sichtweite, 2440-7670 .K.

**Stuttgarter Börse, 10. Juli.** Im Gegensatz zu den auswärtigen Märkten war die hiesige Börse recht lebhaft bei stärker anziehenden Kursen. Die Umsätze nahmen einen größeren Umfang an; an den Steigerungen nahmen alle Arten teil. Auf dem Markt der Bankaktien lagen Bankaktien am 10. v. J. auf 230 an, Notenbank 560, Vereinsbank 255 (235), dagegen Hypothekbank 10 niedriger bei 165. Der Markt der Brauereiaktien war fest, Ehlinger 310, Pfauen 400, Ravensburg 340 (300), Reichenweyer-Tivoli 455 (400), Heidenzollern 525 (485), Walle 400 (440), John 170. Auf dem Markt der Maschinenaktien waren Daimler 25 v. J. höher bei 545, Kaupheimer 1150 (1120), Ehlinger 1080 (1050), Hesser 1023, Weingarten 1050 (999), Recharfuhner 849 (775). Von den Metallaktien waren Feinmechanik etwas schwächer bei 1480, Hohner 1490 (1480), Jungmann 600 (530), Württ. Metallwarenfabrik 1500 (1450). Der Markt der Spinnereiaktien war durchweg fest, Erlangen 1430 (1400), Unterhausen 1900 verlangt, Bietheim 1550 (1480), Kolb und Schüle 1870 (1800), Kottler 135 v. J. höher bei 1500, Kuffen 1700 (1600), Tils 1570. Spinnerei Ehlinger 1600 (1495), Rattan 2850. Von den sonstigen Werten waren Müller 20 v. J. höher bei 900, Bremen-Verlagshier 2650 (1900), Heidelberger Zement 899 (835), Köln-Rhein 1030 (1025), Kramm 470 (425), Salzwerk Heilbronn 1375 (1250), Eckhellerer Wadensheim 875 (870), Schiepphoff 720, Stuttgarter Wädherrmühle 850, Stuttgarter Straßenbahn 249, Stuttgarter Jucker 820 (800), Mannheimer Del 1020 (910), Transport 1000, Siegelwerke Ludwigslung 900, Württembergische Vereinsbank.

**Stuttgart, 10. Juli.** Landesproduktionsabfälle. Durch die ernste starke Entwertung unseres Geldes sind alle Artikel im Preis gestiegen. Händler und Müller bekunden große Zurückhaltung. Mit dem Schnitt der Wintergerste wurde in vergangener Woche begonnen. Am 10. Juli setzten nominal je 100 kg, ab württ. Erntestellen Weizen, je nach Reifezeit 2400-2450 (letzte Notierung am 26. Juni 1800-1840, Hafer 2000-2050 (1500-1550), Weizenmehl Nr. 0 3500-3550 (2225-2250), Brotmehl 3200 bis 3250 (2225-2250), Kleie 1300 (1200-950). Heu und Stroh waren nicht notiert.

## Märkte

**Stuttgart, 10. Juli.** Die Zufuhr auf dem hiesigen Obstmarkt nimmt zu. Neben Äpfeln kommen jetzt auch Heidelbeeren und Johannisbeeren in größeren Mengen. In Stadelbeeren bleibt infolge geringer Ernte die Zufuhr bescheiden. Die

ersten Wassermelonen und die ersten weissen Mar-Weffel ergiebt Preise von 12-15 .K.; für die ersten Kirschenpreise wurden 25 bis 30 .K. per Pfund bezahlt. Der Gemüsemarkt hat reichliche Zufuhr in allen Gattungen. Marktfrage andauernd ruhig, Preise stetig, teilweise abwärts neigend. — Im Kleinhandel wurden bezahlt für Gartenerdbeeren und Himbeeren 20-27 .K. für Stadelbeeren 11-16 .K., Johannisbeeren 11-15 .K., Heidelbeeren 16-18 .K., Saffianen 8,50-14 .K., Weicheln 9-12 .K., Kartoffeln 1,80-2 .K. das Pfund, Kopfsalat 1,20-1,80 .K. das Stück, Blumenkohl 7,50-8 .K., Kopfschtrahl 1,20-2,50 .K. das Stück.

**Altensteig, 10. Juli.** Heidelbeerernte. Die Heidelbeerernte beginnt mit zunehmender Reife nicht unerhebliche Mengen. Der Preis beträgt hier im allgemeinen 10 .K. pro Pfund.

**Reutlingen, 10. Juli.** Getreidepreise. Die Fruchtwanne notierte am Samstag folgende Seimpreise: Weizen (verkauft) 22,52 (Fr.) 1200 .K., Gerste (15,50) 1050-1150 .K., Hafer (28,62) 900-1000 .K., alter Stroh (35,97) 1050-1100 .K., Roggen 900 .K.

**Balingen, 9. Juli.** Dem gestrigen Schweinemarkt waren 297 Milch- und Laktationsweine zugeführt. Der Preis für ein Milchschwein betrug 2100-3750 .K., für ein Laktationsweine 3000 bis 6000 .K. Der Handel war lebhaft; alles wurde verkauft.

**Kaupheim, 9. Juli.** Wegen der Maul- und Klauenseuche hat das Oberamt die auf 11. Juli angelegte städt. Bezirksriedelweiden verboten. Der spätere Zeitpunkt der Schaa wird bekanntgegeben werden.

**Wollverfeinerung.** Der diesjährige Wollverkauf im Samberg am 6. Juli war mit 2500 Tn. Rückenwolle und etwa 1500 Tn. Seiner Schweißwolle besetzt. Es herrschte lebhafteste Nachfrage nach feinen Wollen und Kammoollen. Preise wurden bezahlt für feine Wollen in Rückenwolle 185-200 .K. per Pfund und 85 bis 102 .K. per Pfund Schweißwolle. Weniger feine Wollen ergiebt etwa 175 .K. per Pfund für Rückenwolle, grobe Sorten etwa 155 .K. per Pfund. Verkauf und Nachfrage waren zu Beginn äußerst lebhaft, saufen aber zum Schluss etwas ab.

**Bietheim, 10. Juli.** Hundeaussstellung. Am 23. Juli wird hier vom Verein der Hundefreunde eine Ausstellung von Hundhunden eröffnet. Anmeldungen sind bis 14. Juli einzufenden.

## Wetter-Bericht

Die Depression hält den neuauftretenden Hochdruck zunächst noch im Schach. Vereinzelt Störungen werden auch am Mittwoch und Donnerstag zeitweilige Deckung verursachen, in der Bauweise aber wird das Wetter trocken und schön sein.

## Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Anmeldungen der Kraftfahrzeuge und Probefahrtenkennzeichen zum Zwecke der Besteuerung.

Nach dem Kraftfahrzeusteuerrecht vom 8. April 1922 sind mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab auch die bisher steuerfreien Kraftfahrzeuge, insbesondere also Kraftdroschken, Kraftomnibusse und Kraftkraftwagen, sowie die Probefahrtenkennzeichen zu versteuern.

Ferner sind nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes auch die Eigensitzer bereits versteuerten Kraftfahrzeuge zur Erlangung einer neuen Steuerkarte verpflichtet, wenn die laufende Steuerkarte nach dem 31. Oktober 1921 gelöst worden ist.

Die hiernach steuerpflichtigen Kraftfahrzeugbesitzer und Inhaber von Probefahrtenkennzeichen sind zur Anmeldung ihrer Kraftfahrzeuge und Probefahrtenkennzeichen bei dem unterzeichneten Finanzamt verpflichtet. Das Finanzamt wird die Steuerpflichtigen, soweit sie ihm bekannt sind, demnachst zur Anmeldung unter gleichzeitiger Übersendung von Vordrucken auffordern. Der Steuerpflichtige ist zur Anmeldung auch dann verpflichtet, wenn ihm eine besondere Aufforderung oder ein Vordruck nicht innerhalb 4 Wochen zugesandt worden ist.

Altensteig, den 10. Juli 1922.  
Finanzamt: Reg.-Rat Hiller H.B.

**Dreschmaschine**  
gebraucht, fahrbar mit Gerstenentzerner und 2 Wind.  
Sehr preiswert abzugeben.  
Mechaniker Breunig.  
Maschine steht hier.

**Frachtbriefe u. Eilfrachtbriefe**  
mit Aufdruck liefert Buchdruckerei Zaiser, Nagold.

**Carbolineum**  
Ia Oelware  
empfiehlt 2254  
**K. Ungerer**  
Nagold.

**Alte Maschinen**  
aller Art, sowie  
**Alteisen**  
kauft ständig  
jedes Quantum 2005  
Mechaniker Breunig,  
Nagold, Gerberstraße 450  
**Bauspapier**  
bei G. W. Zaiser, Nagold.

**Stadtgemeinde Nagold.**  
**Abgabe von Baumstüben.**  
Am Mittwoch 12. Juli werden im Hof der Gewerbeschule von nachmittags 2 Uhr an Baumstüben an hiesige Einwohner abgegeben. Die Abgabe erfolgt nur gegen Barzahlung. Preis je nach Länge und Stärke 8-15 .K. p. Stckf.  
123 Städt. Forstverwaltung.

**Bezirkswirtschaftsverein Nagold.**  
Der Mittagstisch im Abonnement  
wird auf 125  
Mk. 35.—  
festgesetzt ab 15. Juli.

**Die schönsten Handarbeiten**  
nach den vorz. Anleitungen und bewährten Mustern von  
Geyer Handarbeitslehren  
Kunstliches Häutchen, Stricken (324), / Seid. - Arbeiten für Kinder-Kleidung / Kissen - Stühle / Seidene- und Leinwandarbeiten / Filz - Arbeiten (3 Bände) / Seiden-Spießen - Seid. - Spitzen (2 Bände) / Seiden - (Schneiderei) (2 Bände) / Seiden - (Kunst) (2 Bände) / Handagen - Klappen (2 Bände) / usw. / Ausst. - Verschieden / unvollst. / Jeder Band 36. - u. 4. - M. L. / Nr. Markt 36. - Leipzig

Zu beziehen durch  
**G. W. Zaiser, Buchhandlg.**  
Für meine frühere Herrschaft  
**Röchin**  
und  
**Hausmädchen**  
in Villenhofhalt gesucht.  
Lebhaft, Schwester, Mutter und Tochter, Tante u. Nichte finden bei mäßiger Arbeitsleistung angenehmes Heim in schöner Gegend, Nähe Frankfurt bei guter Verpflegung und hohem Lohn.  
Kunstst. erteilt 117  
**Frau Heinrike Fischer,**  
Unterriedenbach DR. Calw.

**Die Buchdruckerei des Gesellschafter**  
empfiehlt sich zur Herstellung aller Druckerarbeiten  
als  
Rechnungen  
Zirkulare  
Briefköpfe  
Visiten-Gratulations-Verlobungs-Hochzeits-Danksagungs- u. Geschäftskarten  
Trauerbriefe  
Grabreden  
Broschüren,  
Prospekte  
Plakate  
etc. etc.  
unter Zusicherung bestmöglicher Ausführung  
Großes Lager in amt. u. gewerbl. Formularen  
Telefon Nr. 29

**Ver. Lieder- u. Sängerkrantz**  
ooo Nagold. ooo  
Am Mittwoch, den 12. Juli 1922, abends 8 Uhr findet im Traubensaal eine  
außerordentliche Generalversammlung statt.  
Tagesordnung: Erhöhung der Mitgliedsbeiträge.  
Der Ausschuss.  
Ihre Vermählung geben bekannt:  
**Hugo Stofinger**  
Landmesser  
**Maria Stofinger**  
geb. Schwarzmaier  
Wildberg Altensteig 11. Juli 1922. 119 Berneck 110

**Heftschoner empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold.**  
In der  
**Gemüsehandlung Ziegler**  
— 4 Tage — billiger prima Rummelstreichkäse  
à Pfd. 38 Mk.  
Morgen treffen  
**Johannisbeeren**  
ein zu 12 Mk. Bestellungen werden entgegengenommen,  
ebenso auf  
**Heidelbeeren.**  
Jeden Tag frische Sendungen. 122

**A nzeigen**  
jeder Art haben im „Gesellschafter“  
:: nachweislich besten Erfolg. ::